

## **Antrag**

### **der Fraktion der AfD**

#### **Kostenfalle H2-ready-Gaskraftwerke – Holzweg zum nächsten Milliardengrab?**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie und mithilfe welcher konkreten rechtlichen Grundlage sie den Begriff „H2-ready“ im gasgestützten Kraftwerksbereich rechtsverbindlich definiert;
2. mit welchen Kosten in welcher Höhe (bspw. pro Gigawatt Leistung) sie beim Neubau von H2-ready-Gaskraftwerken insgesamt und insbesondere für das Land Baden-Württemberg rechnet;
3. welche konkreten Kosten in welcher Höhe bei der Umrüstung eines bestehenden Gaskraftwerks auf den Betrieb mit Wasserstoff entstehen und in welchen Zeitraum solch eine Umrüstung durchgeführt werden kann;
4. wie sie den Wirkungsgrad von Gasturbinen in H2-ready-Gaskraftwerken im Vergleich mit Gasturbinen in herkömmlichen Gaskraftwerken beurteilt;
5. welche Finanzmittel des Landes in welcher Höhe in den letzten zehn Jahren für die Entwicklung (bspw. Forschungsvorhaben, Bau, Umrüstung etc.) von H2-ready-Gaskraftwerken eingesetzt wurden;
6. inwiefern ihrer Ansicht nach staatliche Investitionen in beträchtlicher Höhe in den Aufbau von H2-ready-Gaskraftwerke gerechtfertigt sind, obwohl zum heutigen Zeitpunkt keine konkreten Preise für grünen Wasserstoff als zukünftiger Hauptenergieträger ebendieser Kraftwerke vorliegen und eine Versorgung mit grünem Wasserstoff innerhalb ihrer erwartbaren Betriebszeit aufgrund von international wegfallenden Produktionskapazitäten (bspw. Verzögerung „Wasserstoff-Brücke“ zwischen Europa und Australien) nicht sichergestellt werden kann;
7. wann ihrer Ansicht nach verbindliche Preise für grünen Wasserstoff vorliegen, mit dessen Hilfe seriöse Kostenprognosen für den Aufbau einer sogenannten „Wasserstoffwirtschaft“ inklusive H2-ready-Gaskraftwerken möglich sind;
8. wie sie den Betrieb von umgerüsteten H2-ready-Gaskraftwerken und allgemein die Versorgungssicherheit der Bevölkerung nach großflächiger Umstellung auf eine sog. „Wasserstoffwirtschaft“ im Falle von ausbleibenden Importen des dafür benötigten grünen Wasserstoffs sicherstellen will;
9. inwiefern ein mit grünem Wasserstoff betriebenes Gaskraftwerk erneut auf die Nutzung mit konventionellen Gas umgebaut werden kann und mit welchen weiteren Kosten in welcher Höhe solch ein erneuter Umbau verbunden ist;
10. wie sie die Situation der Gasturbinenhersteller für H2-ready-Gaskraftwerke beurteilt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass aufgrund der unsicheren und stark importabhängigen Versorgungslage mit grünem Wasserstoff die wirtschaftlichen Anreize für Entwicklung und Bau ebendieser Gasturbinen fehlen;

11. inwiefern die Lieferung von Ammoniak aus Kanada den Plänen der Landesregierung für grünen Wasserstoff entsprechen, insbesondere vor dem Hintergrund von Umwandlungsverlusten und Lagerungs- bzw. Transportproblemen;
12. inwieweit H2-ready-Gaskraftwerke geliefertes Ammoniak ohne weitere Umbaumaßnahmen nutzen können;
13. welche Auswirkungen auf die Wirksamkeit von H2-ready-Gaskraftwerken aufgrund einer weiteren Verzögerung von Wasserstofflieferungen zu befürchten sind, insbesondere in Fällen, in denen H2-ready-Gaskraftwerke während ihres gesamten Lebenszyklus mit konventionellen Gas betrieben werden;
14. inwiefern ihrer Ansicht nach der Bau von H2-ready-Gaskraftwerken in unmittelbarer Küstennähe deutlich sinnvoller ist als der Bau im Inland, insbesondere da hierdurch Transportwege und zusätzliche Kosten wegfallen würden.

2.4.2024

Baron, Dr. Hellstern, Steyer und Fraktion

#### Begründung

Um der volatilen Energiezeugung erneuerbarer Energieanlagen entgegenzuwirken und gleichzeitig der Klimaschutzideologie der Landesregierung zu entsprechen, ist der Ausbau von H2-ready-Gaskraftwerken geplant. Bisher sind jedoch noch keine Preise für den dafür benötigten grünen Wasserstoff bekannt. Der Antrag fragt daher, mit welchem finanziellen Aufwand in welcher Höhe der Aufbau von H2-ready-Gaskraftwerken vorgenommen werden soll, wie viel der dafür benötigte Wasserstoff perspektivisch kosten soll und welche technischen Hürden den Ausbauplänen entgegenstehen.